

# München seit 1945: Historische Blöcke, Hegemonie, Bodenrente und Wissensökonomie

*Eine gramscianische Analyse – empirisch gestützt*

## Einleitung: Gramscis Theorie und empirische Anlage

Antonio Gramscis Hegemonietheorie eignet sich für eine historische Analyse Münchens, weil sie politische Herrschaft nicht auf Wahlergebnisse, Regierungsmehrheiten oder ökonomische Interessen reduziert. Hegemonie bezeichnet vielmehr die Fähigkeit gesellschaftlicher Gruppen und Bündnisse, ihre Interessen mit allgemein akzeptierten Deutungen, Institutionen und Alltagsvorstellungen zu verbinden. Stabilität entsteht, wenn ökonomische Strukturen, politische Repräsentation und kultureller „common sense“ so aufeinander bezogen sind, dass eine bestimmte gesellschaftliche Ordnung nicht nur durchgesetzt, sondern von großen Teilen der Bevölkerung als plausibel und normal anerkannt wird. Gramscis Begriff des historischen Blocks zielt genau auf diese Verbindung von materiellen Kräfteverhältnissen und politisch-kultureller Führung. Für die Stadtgeschichte bedeutet dies: Kommunale Politik wird nicht allein als Abfolge von Oberbürgermeistern, Koalitionen und Verwaltungsentscheidungen untersucht, sondern als Ausdruck wechselnder sozialer Trägergruppen, Wirtschaftsstrukturen und hegemonialer Leitbilder. (vgl. Gramsci 1991–2002, H. 1, §44; H. 13, §17; Forgacs 2000)

Der gramscianische Zugriff ist dabei keine geschlossene Stadttheorie und liefert keine mechanische Periodisierung. Begriffe wie „historischer Block“, „organische Krise“ oder „organische Intellektuelle“ werden im Folgenden heuristisch verwendet: Sie strukturieren Fragen nach Dauer, Bruch und politischer Führung, müssen aber jeweils an empirischen Befunden plausibilisiert werden. Ein historischer Block liegt demnach nicht schon dann vor, wenn eine Partei lange regiert. Er setzt eine relativ stabile Verbindung von ökonomischer Basis, sozialer Trägerstruktur, institutioneller Macht und legitimierenden Narrativen voraus. Von einer organischen Krise kann entsprechend nur gesprochen werden, wenn nicht bloß eine Regierung wechselt, sondern die Verbindung zwischen materieller Entwicklung, politischer Repräsentation und gesellschaftlicher Zustimmung sichtbar an Bindekraft verliert. Diese zurückhaltende Verwendung der Begriffe soll verhindern, dass politische Ereignisse im Nachhinein lediglich in ein theoretisches Schema eingeordnet werden. (vgl. Gramsci 1991–2002; Forgacs 2000)

Empirisch stützt sich die Untersuchung auf mehrere, voneinander unabhängige Indikatorgruppen. Erstens werden langfristige Wahlergebnisse, Koalitionen und Oberbürgermeisterwahlen als Indikatoren politischer Repräsentation herangezogen. Zweitens werden Bevölkerungsentwicklung, Beschäftigungsstruktur, Qualifikation, Arbeitsmarkt und wirtschaftliche Spezialisierung genutzt, um Veränderungen der ökonomischen und sozialen Basis zu erfassen. Drittens dienen Bodenpreise, Mieten und wohnungsmarktbezogene Daten zur Untersuchung der Verteilungswirkungen des Münchner Wachstumsmodells. Viertens werden Armutsberichte, Einkommensverteilung, Transferleistungsbezug und Stadt-Umland-Wanderungen genutzt, um soziale Ungleichheit, Segregation und Suburbanisierung voneinander zu unterscheiden. Die zentrale methodische Regel lautet, theoretische Interpretation und empirischen Befund nicht gleichzusetzen: Wo Daten nur Zusammenhänge oder zeitliche Parallelitäten zeigen, wird kein strenger Kausalnachweis behauptet. (vgl. Landeshauptstadt München 2022: S. 18–19, 37–45, 188–200; Held/Becker 2022: S. 12–13, 41–49, 71–72; Statistisches Amt München 2017: S. 17–23)

Diese empirische Mehrdimensionalität ist besonders für die Münchner Nachkriegsgeschichte wichtig. Wirtschaftlicher Erfolg, niedrige Arbeitslosigkeit, hohe Qualifikation und Innovationsstärke können gleichzeitig mit steigenden Wohnkosten, räumlicher Segregation und ungleichen Zugangschancen zum Stadtgebiet auftreten. Durchschnittlicher Wohlstand und Verteilungsgerechtigkeit sind deshalb analytisch zu trennen. Ebenso darf Suburbanisierung nicht pauschal als soziale Verdrängung interpretiert werden: Die verfügbaren Wanderungsdaten zeigen vor allem starke Wegzüge in familienrelevanten Altersgruppen, erfassen aber die Einkommen der Wegziehenden nicht direkt. Umgekehrt lassen Armuts- und Sozialdaten deutliche innerstädtische Unterschiede erkennen. Die Untersuchung kombiniert diese Befunde, ohne aus einem einzelnen Indikator eine umfassende Erklärung abzuleiten. (vgl. Statistisches Amt München 2017: S. 17–23; Landeshauptstadt München 2022: S. 18–19, 37–45, 188–200; Held/Becker 2022: S. 41–49, 71–72)

Die Leitthese lautet, dass sich Münchens Entwicklung seit 1945 als Folge mehrerer unterschiedlich stabiler historischer Formationen lesen lässt: vom Wiederaufbau über den fordistisch-sozialdemokratischen Stadtblock und seine Krise bis zur wissens- und standortorientierten Metropole. Im Zentrum der jüngeren Entwicklung steht ein struktureller Widerspruch: Die Wissensökonomie stärkt Beschäftigung, Innovationsfähigkeit und fiskalische Leistungsfähigkeit, erhöht unter Bedingungen knappen Bodens und starker Nachfrage aber zugleich den Druck auf

Boden- und Wohnungsmärkte. Ob dieser Widerspruch zu einer dauerhaften Neuformierung politischer Hegemonie führt, ist eine empirisch offene Frage. Die folgenden Kapitel prüfen diese These historisch und systematisch.

---

## **I. Theoretischer Rahmen**

### **Kernbegriffe**

Hegemonie bezeichnet bei Gramsci die Fähigkeit sozialer Gruppen, Führung nicht allein über Zwang, sondern über Konsens, kulturelle Deutung und institutionelle Verankerung auszuüben. Partikulare Interessen können dadurch als allgemeines Interesse erscheinen. Für die folgende Analyse dient der Begriff als heuristisches Instrument; er ersetzt keine empirische Prüfung konkreter Interessenkoalitionen. (vgl. Gramsci 1991–2002, H. 1, §44; H. 13, §17)

Historischer Block (blocco storico) bezeichnet die relativ stabile Verschränkung von gesellschaftlichen Produktions- und Klassenverhältnissen mit politischen Institutionen, kulturellen Deutungsmustern und Alltagsverstand. Von einem historischen Block soll im Folgenden nur dort gesprochen werden, wo sich eine solche Verbindung über längere Zeit empirisch plausibilisieren lässt. (vgl. Gramsci 1991–2002, H. 1, §44; H. 13, §17; Forgacs 2000)

Organische Intellektuelle sind bei Gramsci Akteure, die Interessen, Erfahrungen und Weltdeutungen gesellschaftlicher Gruppen politisch und kulturell organisieren. Die Zuordnung einzelner Münchner Akteure zu dieser Kategorie ist daher als analytische Interpretation zu verstehen, nicht als unmittelbar beobachtbare Eigenschaft. (vgl. Gramsci 1991–2002, H. 1, §44; H. 13, §17; Forgacs 2000)

### **Zwei zusätzlich eingeführte Begriffe**

Bodenrente (in der an Ricardo und Marx anschließenden Tradition) bezeichnet Einkommen aus Verfügung über knappen Boden, das nicht allein aus produktiver Leistung des Eigentümers erklärt werden kann. Für städtische Räume ist besonders relevant, dass Lagevorteile, öffentliche Infrastruktur, planungsrechtliche Entscheidungen und zusätzliche Investitionen in Grundstücke bzw. Gebäude in Boden- und Immobilienwerte eingehen. (vgl. Marx 1964: S. 627–822; Ricardo 1821/2004: Kap. 2)

Wissensökonomie: die ökonomische Formation, in der Wertschöpfung primär aus Forschung, Bildung, Patenten, hochqualifizierter Arbeit und Innovation statt aus materieller Produktion oder Rohstoffverarbeitung resultiert. (vgl. OECD 1996: S. 7–18)

### **Die zentrale These dieser Analyse**

Wissensökonomie und Bodenrente stehen in München in einem strukturellen Zusammenhang, der jedoch nicht monokausal zu verstehen ist: Die räumliche Konzentration hochproduktiver und gut bezahlter Tätigkeiten erhöht unter Bedingungen knappen Baulands die zahlungsfähige Nachfrage nach zentralen Standorten. Zusammen mit Bevölkerungswachstum, Planungsrecht, Zins- und Kapitalmarktbedingungen sowie begrenzter Angebotsausweitung kann dies Boden- und Immobilienpreise nach oben treiben. Die Bodenrentenentwicklung ist daher ein zentraler, aber nicht der einzige Mechanismus der gegenwärtigen städtischen Verteilungs- und Wohnungsprobleme. (vgl. Marx 1964: S. 627–822; Ricardo 1821/2004: Kap. 2; OECD 1996: S. 7–18; Gutachterausschuss München 2021; Landeshauptstadt München/Referat für Stadtplanung und Bauordnung 2025/2026)

### **Empirische Prüfstrategie: Ungleichheit, Suburbanisierung und Segregation**

Diese Analyse übernimmt ausdrücklich nicht die klassische Polarisierungsthese der Global-City-Literatur, wonach obere und untere Einkommensgruppen gleichzeitig stark wachsen und die Mitte schrumpft. Für München ist ein solches Muster mit den hier verwendeten Daten nicht hinreichend belegt. Stattdessen werden Qualifikations-Upgrading, Binnenungleichheit, räumliche Segregation und Suburbanisierung getrennt analysiert. (vgl. Sassen 1991; Held/Becker 2022: S. 12–13, 41–49, 71–72)

Erstens weist München eine außergewöhnlich hohe Qualifikationsstruktur auf: In aktuellen Standortdaten besitzen mehr als 43 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einen akademischen Abschluss. Zugleich bleibt die Arbeitslosenquote im Großstadtvergleich niedrig, auch wenn sie seit den Krisenjahren wieder gestiegen ist. Diese Befunde sprechen gegen eine einfache Niedergangs- oder Polarisierungsthese und müssen in jede Ungleichheitsanalyse einbezogen werden. (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2025; Landeshauptstadt München/RAW 2025)

Zweitens ist die Stadt-Umland-Wanderung vor allem durch Lebensphasen- und Familienmuster geprägt: Besonders in den Altersgruppen von 30 bis 49 Jahren übersteigen die Wegzüge ins Umland die Zuzüge; bei unter

Fünffährigen lagen die Wegzüge 2016 mehr als viermal so hoch wie die Zuzüge. Als Motive nennt die Münchner Wanderungsstatistik größere Wohnungen, ein grüneres Wohnumfeld und das Fehlen einer passenden Wohnung in München. Die Einkommensstruktur der Wegziehenden wird dabei nicht direkt erfasst; Aussagen über eine systematische Verdrängung einkommensarmer Haushalte ins Umland wären daher nicht hinreichend belegt. (vgl. Statistisches Amt München 2017: S. 19–23; Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2021)

Drittens liegt die empirisch besser abgesicherte Ungleichheitsdimension innerhalb Münchens: Transferleistungsbezug und Armutsrisiken sind räumlich ungleich verteilt, während hohe Wohnkosten Haushalte mit niedrigen Einkommen überproportional belasten. Gleichzeitig ziehen viele Familien in der Familiengründungsphase ins Umland. Diese Prozesse sprechen für eine Kombination aus innerstädtischer Segregation und lebensphasenbezogener Suburbanisierung; die These einer massenhaften einkommensbedingten Verdrängung aus der Stadt lässt sich mit den verwendeten Daten nicht belegen. (vgl. Landeshauptstadt München 2022: S. 18–19, 37–45, 188–200; Statistisches Amt München 2017: S. 19–23; Held/Becker 2022: S. 12–13, 41–49, 71–72)

Empirisch belastbar sind damit insbesondere: eine im Vergleich zu Bayern und Deutschland erhöhte Einkommensungleichheit (Gini 2018 nominal 0,334; kaufkraftbereinigt 0,347), überdurchschnittliche Armutsrisiken bestimmter Gruppen, räumliche Unterschiede beim Transferleistungsbezug sowie hohe und weiter steigende Wohnkosten. Nicht belastbar ist dagegen die Behauptung, die vergleichsweise niedrige Armutsquote Münchens sei wesentlich durch die Abwanderung armer Haushalte verursacht. (vgl. Landeshauptstadt München 2022: S. 18–19, 37–45, 188–200; Held/Becker 2022: S. 12–13, 41–49, 71–72)

Die gramscianische Pointe verschiebt sich damit: Ein Standortnarrativ kann hegemonial stabil bleiben, solange wirtschaftlicher Erfolg, Beschäftigung und hohe Qualifikation als allgemein geteilte Stadtentwicklung erscheinen. Seine Widersprüche treten deutlicher hervor, wenn Wohnkosten und Bodenpreise nicht mehr nur einkommensarme Haushalte, sondern auch mittlere und qualifizierte Beschäftigtengruppen belasten. Diese Deutung ist eine theoretische Interpretation der empirischen Befunde, kein unmittelbarer Kausalnachweis. (vgl. Gramsci 1991–2002, H. 1, §44; H. 13, §17; Held/Becker 2022: S. 12–13, 41–49, 71–72; Landeshauptstadt München/Referat für Stadtplanung und Bauordnung 2025/2026)

Für die Periodisierung werden deshalb drei Ebenen miteinander verschränkt. Erstens müssen sich Veränderungen der ökonomischen und sozialen Struktur über einen längeren Zeitraum erkennen lassen; kurzfristige Konjunkturschwankungen reichen nicht aus. Zweitens ist zu prüfen, ob sich diese Veränderungen in dauerhaften politischen Repräsentationsmustern niederschlagen, etwa in stabilen Mehrheiten, neuen Koalitionen oder dem Aufstieg neuer Parteien. Drittens bedarf es eines plausiblen hegemonialen Narrativs, das wirtschaftliche Interessen und kommunalpolitische Zielvorstellungen zu einem allgemeinen Stadtbild verbindet. Erst wenn diese drei Ebenen in hinreichender Weise zusammentreffen, wird im Folgenden von einem relativ konsolidierten historischen Block gesprochen. Diese Kriterien machen die Periodisierung nachvollziehbar, ohne historische Übergänge künstlich zu schärfen. (vgl. Gramsci 1991–2002; Forgacs 2000)

Die empirische Abstützung bleibt dabei asymmetrisch: Für Wahlen, Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Teile des Wohnungsmarkts liegen lange amtliche Zeitreihen vor, während soziale Trägerkoalitionen, Alltagsdeutungen und politische Motive nur indirekt erschlossen werden können. Gerade die gramscianischen Kategorien besitzen deshalb unterschiedlichen Evidenzstatus. Wahlergebnisse oder Mietpreise sind beobachtbare Daten; die Interpretation eines Leitbilds als hegemoniales Narrativ ist eine theoretische Rekonstruktion, die sich auf Reden, Programme, politische Kontinuitäten und die Passung zu materiellen Interessen stützt. Diese Unterscheidung ist für die wissenschaftliche Bewertung der einzelnen Phasen zentral.

---

### **Hegemonie als überprüfbare historische Relation**

Für die historische Anwendung ist entscheidend, Hegemonie nicht als bloßes Synonym für politische Mehrheiten zu verwenden. Eine Partei kann Wahlen gewinnen, ohne einen historischen Block zu organisieren; umgekehrt kann ein hegemoniales Leitbild fortwirken, obwohl die Partei, die es ursprünglich geprägt hat, Stimmen verliert. Analytisch relevant ist deshalb die Relation zwischen sozialer Trägerbasis, ökonomischer Struktur, institutioneller Stabilität und öffentlicher Deutung. Wo diese Ebenen über längere Zeit zusammenpassen, lässt sich von einer relativ stabilen hegemonialen Formation sprechen. Wo sie auseinanderdriften, treten Symptome organischer Krise hervor: volatile Mehrheiten, neue Parteien, widersprüchliche Leitbilder und wachsende Schwierigkeiten, materielle Konflikte als allgemeines Interesse darzustellen. (vgl. Gramsci 1991–2002, H. 1, §44; H. 13, §17; Forgacs 2000)

Diese Operationalisierung begrenzt zugleich den theoretischen Anspruch. Aus Wahlergebnissen allein folgt keine Hegemonie; aus steigenden Bodenpreisen allein folgt keine organische Krise. Erst die Kombination verschiedener Datenreihen erlaubt eine historische Plausibilisierung. Deshalb werden im Folgenden Wahlergebnisse mit Veränderungen von Wirtschaftsstruktur, Bevölkerung, Qualifikation, Boden- und Mietpreisen sowie sozialräumlichen Indikatoren verschränkt. Der Begriff des historischen Blocks fungiert dabei als heuristisches Ordnungsmodell: Er soll Perioden vergleichbar machen und Übergänge erklären, nicht eine geschlossene kausale Gesetzmäßigkeit behaupten.

## II. Phase 1: Trümmer-Block (1945–ca. 1960)

### Ökonomische Basis: Wiederaufbau als Produktionsmodus

München verlor durch 73 Luftangriffe die historische Altstadt zu 90 Prozent, die Stadt insgesamt zu 50 Prozent. Die Bevölkerung sank von 829.000 (Mai 1939) auf 550.000 (Mai 1945) – ein Drittel der Einwohner verschwand durch Evakuierung, Flucht, Deportation und Kriegsverluste. (vgl. Landeshauptstadt München/Stadtarchiv 1985)

Die demografische Erholung war keine spontane Rückkehr, sondern aktiv gesteuert: Eine auf jüngere männliche Personen gerichtete Politik der städtischen Zuzugsstellen verhinderte eine weitere Verschlechterung der Bevölkerungsstruktur – ein frühes Zeugnis dafür, dass die Stadt von Beginn an selektiv mit Zuwanderung umging. Bereits 1950 hatte München 823.892 Einwohner, 1954 wurde die 900.000er-Marke überschritten, und am 15. Dezember 1957 wurde München durch die Geburt des einmillionsten Münchners zur Millionenstadt. (vgl. Landeshauptstadt München/Stadtarchiv 1985; Statistisches Amt München, versch. Jg.)

### Bodenrente in dieser Phase: nicht relevant

In der unmittelbaren Nachkriegsphase existiert kaum eine Bodenrentenproblematik im eigentlichen Sinn. Boden war nach der Zerstörung eher Belastung (Trümmerbeseitigung, Wiederaufbaupflicht) als Renditequelle. Dieser Ausgangspunkt ist wichtig, um die spätere Explosion in Relation setzen zu können.

### Wissensökonomie: institutioneller Keim

LMU und Technische Hochschule (heute TUM) bestanden, aber ohne die spätere ökonomische Hebelwirkung. Wissen war Bildungs-, nicht Produktionsfaktor.

### Parteipolitik: instabile Nachkriegsformation

Die Stadtratswahlergebnisse zeigen eine noch nicht konsolidierte politische Landschaft: (vgl. Statistisches Amt München 2026a)

| Jahr | CSU    | SPD    | Bayernpartei | KPD   |
|------|--------|--------|--------------|-------|
| 1946 | 44,9 % | 38,4 % | –            | 6,4 % |
| 1948 | 18,7 % | 27,5 % | 24,0 %       | –     |
| 1952 | 20,7 % | 38,7 % | 11,8 %       | –     |
| 1956 | 25,2 % | 43,0 % | 7,5 %        | –     |

Die Bayernpartei als starke dritte Kraft 1948 (24,0 %) ist ein Indikator für die ungeklärte Nachkriegsidentität: Sollte Bayern eigenstaatlich oder bundesrepublikanisch ausgerichtet sein? Diese Frage hat strukturelle Bedeutung für die spätere CSU-Dominanz auf Landesebene bei gleichzeitiger SPD-Stärke in der Stadt. (vgl. Statistisches Amt München 2026a)

### Gramscianische Lesart: Block in statu nascendi

Ein historischer Block im embryonalen Stadium: Die ökonomische Logik (Wiederherstellung kapitalistischer Normalität) trifft auf einen politisch noch nicht konsolidierten Überbau mit drei konkurrierenden Lagern. Das hegemoniale Narrativ „Wiederaufbau für alle“ überdeckt, dass Wohnraumzuteilung und Zuzugssteuerung keineswegs neutral waren. Es fehlt noch eine stabile organische Verbindung zwischen Basis und Überbau. (vgl. Gramsci 1991–2002, H. 1, §44; H. 13, §17; Landeshauptstadt München/Stadtarchiv 1985)

---

## III. Phase 2: Der fordistische SPD-Block – „Weltstadt mit Herz“ (1960–1972)

Dies ist der einzige vollständig konsolidierte historische Block der Münchner Nachkriegsgeschichte.

### Ökonomische Basis: Industrie, Gastarbeit, beginnende Tertiarisierung

Der entscheidende strukturelle Hebel dieser Phase war Arbeitsmigration. Das am 20. Dezember 1955 unterzeichnete Anwerbeabkommen zwischen der Bundesrepublik und Italien, gefolgt von Abkommen mit Spanien (1960), Griechenland (1960), der Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964) und Tunesien (1965), versorgte

die expandierende Industrie – Siemens, MAN, BMW – mit zusätzlichen Arbeitskräften und schuf die soziale Basis der SPD-Dominanz: eine wachsende, gewerkschaftlich und politisch gut organisierbare Gruppe von Lohnabhängigen. (vgl. Herbert 2001: S. 202–262)

Parallel setzte sich die Tertiarisierung fort. Die Gästeübernachtungen stiegen von 8,5 Mio. (1950) auf 26,3 Mio. (1960) und 50,8 Mio. (1970). Für München zeigt sich damit bereits früh eine zunehmende Bedeutung von Dienstleistungen und städtischem Konsum neben der industriellen Basis. (vgl. Statistisches Amt München, versch. Jg.)

### **Bodenrente in dieser Phase: moderat, noch kein struktureller Widerspruch**

Die Bodenpreise stiegen in dieser Periode bereits, aber die Dynamik war eine andere als später: Wachstum war noch Funktion der physischen Expansion (Industrieflächen, Wohnsiedlungsbau am Stadtrand) bei relativ hoher Baulandverfügbarkeit. Die Lohnentwicklung hielt noch mit den Bodenpreisen Schritt. Der spätere Mechanismus – fixe Fläche plus steigende Nachfrage durch konzentrierte Wissensarbeit – war noch nicht wirksam.

### **Wissensökonomie: institutioneller Aufbau ohne ökonomische Schlüsselrolle**

LMU und TH München expandierten, Max-Planck-Institute siedelten sich an. Aber diese Institutionen waren noch nicht der ökonomische Treiber der Stadtentwicklung – sie bildeten kulturelles Beiwerk zur industriellen Basis, nicht deren Ersatz.

### **Parteilpolitik: SPD-Dominanz mit absoluten Mehrheiten (vgl. Statistisches Amt München 2026a)**

| Jahr | CSU    | SPD    | Differenz |
|------|--------|--------|-----------|
| 1960 | 23,9 % | 53,4 % | +29,5 SPD |
| 1966 | 26,1 % | 58,4 % | +32,3 SPD |
| 1972 | 35,7 % | 52,5 % | +16,8 SPD |

Die SPD erreichte 1960 und 1966 absolute Stimmenmehrheiten – ein in der bundesdeutschen Kommunalgeschichte fast einzigartiger Befund für eine Großstadt dieser Größenordnung, zumal in Bayern. OB Hans-Jochen Vogel (SPD, 1960–1972), dann Georg Kronawitter (SPD). Olympia 1972 fällt fast exakt mit dem Höhepunkt dieser Dominanz zusammen. (vgl. Statistisches Amt München 2026a; Vogel 1972)

### **Qualifikations- und Sozialstruktur: fordistischer Kompromiss**

Die breite Industriearbeiterschaft – ergänzt durch eine wachsende Angestelltenschicht und die akademisch-technische Mittelschicht der Universität und Forschungseinrichtungen – bildete die soziale Trägerbasis. Der fordistische Klassenkompromiss (gute Industrielöhne, Sozialwohnungsbau, Mitbestimmung) ermöglichte eine relativ breite Partizipation am Wohlstand. Polarisierung im späteren Sinne gab es noch nicht – der Wohnungsmarkt war angespannt, aber noch nicht zum Verdrängungsmarkt geworden. (vgl. Vogel 1972)

### **Gramscianische Lesart: vollständig konsolidierter Block**

Die hegemoniale Erzählung „Weltstadt mit Herz“ verband großstädtische Modernisierung mit lokaler Identität. In einer gramscianischen Lesart ließ sich damit der fordistische Klassenkompromiss kulturell integrieren: Industriearbeiterschaft, Angestellte, Zuwanderer, technische Mittelschichten und kommunale Verwaltung konnten sich auf ein gemeinsames Modernisierungsversprechen beziehen. Dass diese Verbindung tatsächlich als geschlossener „historischer Block“ bezeichnet werden kann, bleibt eine analytische These, die sich vor allem auf die außergewöhnliche politische Stabilität und die institutionelle Modernisierungspolitik dieser Periode stützt. (vgl. Gramsci 1991–2002, H. 1, §44; H. 13, §17; Vogel 1972)

---

### **Kommunale Modernisierung als materielle und symbolische Integration**

Die Stabilität des fordistischen SPD-Blocks beruhte nicht nur auf der sozialen Zusammensetzung der Wählerschaft, sondern auf einer spezifischen Verbindung von materieller Stadtentwicklung und politischer Symbolik. Wohnungsbau, Ausbau technischer und sozialer Infrastruktur, Verkehrsplanung und die Vorbereitung der Olympischen Spiele 1972 machten Modernisierung im Alltag sichtbar. In gramscianischer Perspektive ist daran weniger die einzelne Maßnahme als die Fähigkeit entscheidend, sehr unterschiedliche Gruppen unter einer gemeinsamen Zukunftserzählung zu verbinden: Industriearbeiter, Angestellte, neue Zuwanderer, technische Eliten und wachsende Mittelschichten konnten die Expansion der Stadt als kollektiven Fortschritt deuten. Hans-Jochen Vogels Darstellung seiner Münchner Amtszeit dokumentiert diese enge Verbindung von Verwaltungsmodernisierung, Planung und politischem Gestaltungsanspruch. (vgl. Vogel 1972)

Damit erhielt die Formel „Weltstadt mit Herz“ eine doppelte Funktion. Sie versprach metropolitanes Wachstum, ohne die lokale Identität preiszugeben, und verband Modernität mit sozialer Einbindung. Gerade diese

kulturelle Übersetzung erklärt einen Teil der ungewöhnlich hohen SPD-Zustimmung der 1960er Jahre besser als ein ausschließlich klassenstrukturelles Modell. Die politische Führung konnte sich auf eine breite lohnabhängige Basis stützen, musste diese Basis aber zugleich symbolisch als Stadtgemeinschaft organisieren. Hegemonie bestand deshalb in der Verbindung von Wohlfahrtsgewinnen, kommunaler Leistungsfähigkeit und einem positiv besetzten Bild urbaner Modernisierung. Der spätere Bruch wird verständlich, wenn man erkennt, dass nicht nur Wähleranteile verloren gingen, sondern diese selbstverständliche Passung zwischen sozialer Struktur, Wachstum und politischer Erzählung erodierte.

#### **IV. Phase 3: Organische Krise (1978–1989)**

##### **Parteipolitik: der Bruch und seine Folgen (vgl. Statistisches Amt München 2026a)**

| Jahr | CSU    | SPD    | Grüne | REP |
|------|--------|--------|-------|-----|
| 1978 | 50,1 % | 37,6 % | –     | –   |
| 1984 | 42,4 % | 41,9 % | 7,9 % | –   |

1978 bricht das System erstmals: Die SPD verliert fast 15 Prozentpunkte gegenüber 1972 (von 52,5 % auf 37,6 %), die CSU erreicht erstmals eine absolute Mehrheit und stellt mit Erich Kiesl den OB. 1984 treten erstmals die Grünen an und erreichen auf Anhieb 7,9 % – ein neues Drei-Parteien-Gleichgewicht entsteht. Kronawitter (SPD) kehrt als OB zurück, aber die alte absolute Dominanz wird nie wieder erreicht. (vgl. Statistisches Amt München 2026a)

Der Aufstieg neuer politischer Kräfte ist bereits Ende der 1980er Jahre vorbereitet: Neben den Grünen entstehen rechts von der CSU neue Protest- und Gegenhegemonieangebote. Der Wahlerfolg der Republikaner 1990 gehört deshalb analytisch bereits an die Schwelle des folgenden Wissens- und Standort-Blocks und wird dort im Zusammenhang mit der Neuformierung des Parteiensystems behandelt. (vgl. Statistisches Amt München 2026a; Jaschke 1994: S. 88–140)

##### **Ökonomischer Strukturwandel: die Basis erodiert**

Der ökonomische Strukturwandel, der die Krise des alten Blocks vorbereitet, wird in den frühen 1990er Jahren auch statistisch deutlich sichtbar: 1992 waren noch 41,2 % der bayerischen Beschäftigten im sekundären Sektor und 36,2 % im Dienstleistungssektor tätig; im Jahr 2000 war das Verhältnis umgekehrt: 38,2 % Dienstleistung gegenüber 35,7 % Industrie. Diese nachlaufenden Strukturzahlen machen sichtbar, wie die materielle Basis des alten Blocks – die Industriearbeiterschaft als SPD-Trägergruppe – bereits seit den 1980er Jahren erodierte und sich zu Beginn der neuen Phase weiter auflöste. (vgl. Bayerisches Landesamt für Statistik, versch. Jg.)

##### **Bodenrente: der Mechanismus setzt an**

Mit dem Ende des fordistischen Wachstumsmodells und dem Beginn der Tertiarisierung wird München als Standort qualitativ attraktiver für hochproduktive, raumkonzentrierte Tätigkeiten. Gleichzeitig stößt das Flächenwachstum an seine physischen Grenzen – das Stadtgebiet ist im Wesentlichen bebaut. Das ist die ökonomisch-geographische Vorbedingung für die spätere Bodenrentenexplosion: eine wachsende, zahlungskräftige Nachfrage trifft auf ein strukturell fixes Angebot an zentralen Lagen. (vgl. Marx 1964: S. 627–822; Ricardo 1821/2004: Kap. 2)

##### **Wissensökonomie: Aufbau der institutionellen Basis**

Die Forschungsinfrastruktur expandiert deutlich: Fraunhofer-Gesellschaft, Max-Planck-Institute, Helmholtz-Zentren bauen ihre Münchner Präsenz aus. Aber noch fehlt die entscheidende Hebelwirkung: Die Wissensökonomie ist noch kein eigenständiger ökonomischer Treiber der Stadtentwicklung. (vgl. Landeshauptstadt München/RAW 2025)

##### **Qualifikation und Sozialstruktur: Fragmentierung der alten Solidarität**

Die Mitte der Industriearbeiterschaft segmentiert sich: Gut qualifizierte Facharbeiter und Techniker integrieren sich in die aufsteigende Dienstleistungsökonomie, un- und angelernte Kräfte (oft mit Migrationshintergrund) bleiben im schrumpfenden Industriesektor oder wechseln in prekärere Dienstleistungen. Die alte Solidargemeinschaft des Fordismus löst sich auf – ohne dass eine neue hegemoniale Erzählung sie ersetzen würde. (vgl. Bayerisches Landesamt für Statistik, versch. Jg.)

##### **Gramscianische Lesart: organische Krise ohne neuen Block**

Eine echte organische Krise im technischen Sinn: Die alte Hegemonie (breite SPD-Mehrheit auf Industriebasis) zerbricht 1978 abrupt, stabilisiert sich aber nicht in einer neuen, klaren Formation. Stattdessen: ein fragiles Gleichgewicht zwischen drei (später vier) Kräften, das auf keine einzelne kohärente soziale Basis mehr verweist.

Die Stadt lebt von der Substanz des alten „Weltstadt mit Herz“-Narrativs, während darunter die Tektonik sich verschiebt. (vgl. Gramsci 1991–2002, H. 1, §44; H. 13, §17; Statistisches Amt München 2026a)

### **Zwischen industrieller Erosion und neuer urbaner Trägerstruktur**

Die Phase 1978–1989 ist auch deshalb analytisch wichtig, weil ökonomischer Strukturwandel und parteipolitischer Bruch zeitlich nicht deckungsgleich verlaufen. Der Wahleinbruch der SPD 1978 geht der vollständigen Durchsetzung der Dienstleistungs- und Wissensökonomie voraus. Politische Desintegration kann daher nicht als unmittelbare Folge eines bereits abgeschlossenen ökonomischen Strukturwandels gelesen werden. Plausibler ist eine Übergangsphase, in der sich traditionelle Bindungen lockern, neue soziale Gruppen und Konflikte sichtbar werden und zugleich noch keine neue dominante ökonomische und kulturelle Formation existiert. Die Grünen artikulieren seit den 1980er Jahren ökologische, stadtentwicklungspolitische und postmaterielle Interessen; rechts von der CSU entstehen zugleich neue Protestangebote. Dass beide Richtungen Raum gewinnen, spricht für eine offene hegemoniale Situation, in der konkurrierende Antworten auf dieselbe Erfahrung gesellschaftlicher Neuordnung entstehen. (vgl. Statistisches Amt München 2026a; Jaschke 1994: S. 88–140)

Gerade für eine gramscianische Periodisierung ist diese Asynchronität bedeutsam. Organische Krisen sind nicht dadurch definiert, dass eine alte Ordnung vollständig verschwindet und sofort durch eine neue ersetzt wird. Typisch ist vielmehr eine Zwischenzeit, in der Institutionen und Leitbilder fortbestehen, obwohl ihre gesellschaftliche Basis schwächer wird. München bewahrt Elemente des sozialdemokratischen Modernisierungsnarrativs, während zugleich neue urbane Mittelschichten, ökologische Milieus, Dienstleistungsbeschäftigte und fragmentierte Teile der alten Arbeiterschaft politisch anders ansprechbar werden. Der Wissens- und Standort-Block setzt deshalb 1990 nicht voraussetzungslos ein, sondern entsteht aus einer längeren Rekombination ökonomischer Funktionen, sozialer Trägergruppen und politischer Deutungen. Die Jahre 1978 bis Ende der 1980er Jahre sind damit weniger als eigenständige stabile Formation denn als Krisen- und Suchphase zu verstehen. (vgl. Gramsci 1991–2002, H. 1, §44; H. 13, §17; Forgacs 2000)

## **V. Phase 4: Der Wissens- und Standort-Block (1990–2014)**

### **Die stabile rot-grüne Koalition und die politische Neuformierung seit 1990**

#### **Parteipolitik: Neuformierung seit 1990 und Stabilisierung unter Fragmentierung (vgl. Statistisches Amt München 2026a)**

| <b>Jahr</b> | <b>Wahl</b> | <b>SPD</b>   | <b>CSU</b>         | <b>Grüne</b> | <b>REP</b>      | <b>Bemerkung</b>     |
|-------------|-------------|--------------|--------------------|--------------|-----------------|----------------------|
| 1990        | Stadtrat    | 42,0 %       | 30,1 %             | 9,5 %        | 7,3 %           | Rot-Grün beginnt     |
| 1993        | OB-Wahl     | 50,8 % (Ude) | 43,3 % (Gauweiler) | –            | 2,8 % (Kremzow) | Ude gewählt          |
| 1996        | Stadtrat    | 37,4 %       | 37,9 %             | 9,6 %        | 2,1 %           | Rot-Grün fortgesetzt |
| 2002        | Stadtrat    | 41,9 %       | 36,0 %             | 9,6 %        | 1,2 %           | –                    |
| 2008        | Stadtrat    | 39,8 %       | 27,7 %             | 13,0 %       | –               | –                    |
| 2014        | Stadtrat    | 30,8 %       | 32,5 %             | 16,6 %       | –               | AfD 2,49 %           |

Hinweis: Zwischen den genannten Eckjahren fand am 12. Juni 1994 eine zusätzliche Stadtratswahl statt; dabei erreichten CSU 35,5 %, SPD 34,4 %, Grüne 10,1 % und REP 5,1 %. Die rot-grüne Kooperation blieb auch nach dieser Wahl bestehen. (vgl. Statistisches Amt München 2026a)

Der Beginn des Wissens- und Standort-Blocks lässt sich parteipolitisch auf 1990 datieren. Bei der Stadtratswahl erreichte die SPD 42,0 %, die CSU 30,1 %, die Grünen 9,5 % und die Republikaner 7,3 %. Aus der neuen Mehrheitskonstellation entwickelte sich die rot-grüne Zusammenarbeit, die – mit der Rosa Liste als weiterem Partner in späteren Jahren – bis 2014 zur prägenden Rathauskonstellation wurde. 1993 folgte mit der Wahl Christian Udes zum Oberbürgermeister die personelle Verdichtung dieses Blocks: Ude gewann bereits im ersten Wahlgang mit 50,8 % gegen Peter Gauweiler (CSU, 43,3 %); der REP-Kandidat Heinz F. Kremzow erhielt 2,8 %. Bei der Stadtratswahl 1996 lagen CSU (37,9 %) und SPD (37,4 %) nahezu gleichauf, während die Grünen 9,6 % erreichten; die rot-grüne Regierungsbildung wurde dennoch fortgesetzt. Udes Amtszeit von 1993 bis 2014 verlieh der Formation anschließend außergewöhnliche personelle Kontinuität. Diese Stabilität ist ein Indikator hegemonialer Konsolidierung trotz sinkender SPD-Stimmenanteile. Ude gelang es, das SPD-geführte Rathaus mit dem Narrativ Münchens als erfolgreicher, weltoffener Metropole zu verbinden. In gramscianischer Perspektive kann diese Personalisierung als Integrationsleistung eines organischen Intellektuellen des Blocks interpretiert werden. (vgl. Statistisches Amt München 2026a; Statistisches Amt München 1999; Ude 2014)

## **Ökonomische Basis: Finanzialisierung und Wissenskapital**

Die ökonomische Basis Münchens verschob sich seit den 1990er Jahren weiter in Richtung Finanz-, Unternehmens- und wissensintensiver Dienstleistungen, ohne dass die industrielle Basis verschwand. München ist Hauptsitz großer Finanzunternehmen wie Allianz und Munich Re und zugleich ein bedeutender Standort von Fahrzeugbau, Biotechnologie, Medizintechnik sowie Luft- und Raumfahrt. Die einzelnen Branchenzahlen beziehen sich teilweise auf den Münchner Wirtschaftsraum bzw. auf Bayern und sind deshalb nicht als einheitliche Stadtwerte zu lesen. (vgl. Landeshauptstadt München/RAW 2025; Landeshauptstadt München/RAW 2024)

## **Wissensökonomie: die institutionelle Verdichtung**

In dieser Phase erhält die Wissensökonomie ihre heutige Schlüsselrolle. Beide großen Münchner Hochschulen – LMU und TUM – wurden ab 2006 im Rahmen der Exzellenzinitiative des Bundes als Exzellenzuniversitäten ausgezeichnet; die TUM ist seitdem durchgehend Exzellenzuniversität – eine einmalige Kontinuität in Deutschland. In den zwei Förderphasen der Exzellenzinitiative (2006–2012 und 2012–2019) war die LMU mit vier Exzellenzclustern vertreten. (vgl. DFG/Wissenschaftsrat 2025: insb. S. 25–30)

Die Patentstatistik macht die ökonomische Umsetzung dieser Forschungsstärke konkret: München erzielte 2020 mit 3.633 Patentanmeldungen knapp doppelt so viele wie das zweitplatzierte Stuttgart (1.739 Patente). Die TUM hat europaweit zwischen 2000 und 2020 die meisten Patente aller Universitäten angemeldet – vor Oxford, ETH Zürich und dem Polytechnikum Mailand. (vgl. Europäisches Patentamt 2021; 2026)

Zur Innovations-Infrastruktur gehören ferner: die Generalverwaltungen von Max-Planck-Gesellschaft und Fraunhofer-Gesellschaft in München (beide mit zahlreichen weiteren Instituten in der Region), das Helmholtz Zentrum München sowie mehrere Leibniz-Institute. Mit drei großen öffentlichen Hochschulen, mehr als 25 kleineren Institutionen und knapp 140.000 Studierenden ist München Deutschlands zweitgrößter Hochschulstandort. (vgl. Landeshauptstadt München/RAW 2025; DFG/Wissenschaftsrat 2025: insb. S. 25–30)

## **Bodenrente: starke Dynamik und struktureller Zusammenhang**

Die Konzentration hochproduktiver, gut bezahlter Wissens- und Finanzarbeit auf einem räumlich begrenzten Stadtgebiet schafft einen plausiblen Mechanismus steigender Standort- und Bodenrenten: Eine wachsende zahlungsfähige Nachfrage trifft auf ein nur begrenzt ausweitbares Angebot. Der Zusammenhang ist theoretisch mit Ricardo und Marx anschlussfähig; empirisch lässt er sich aus der Parallelität von Wirtschafts-, Einkommens- und Preisentwicklung plausibilisieren, aber nicht als alleinige Ursache isolieren. (vgl. Marx 1964: S. 627–822; Ricardo 1821/2004: Kap. 2; Gutachterausschuss München 2021; Landeshauptstadt München/Referat für Stadtplanung und Bauordnung 2025/2026)

Die Zahlen belegen das: Von 2000 bis 2020 stiegen die Baulandpreise in München um das 3,8-fache. In Einzellagen ist die Dynamik noch drastischer: Im Pasinger Österreicher-Viertel stiegen die Grundstückspreise zwischen 2006 und 2018 von 750 €/m<sup>2</sup> auf 2.800 €/m<sup>2</sup> – annähernd eine Vervierfachung in zwölf Jahren. In Alt-Bogenhausen und Herzogpark stiegen die Bodenrichtwerte von 2012 bis 2018 um +60 %, 2020 nochmals um ca. 14 %. In der Villenkolonie Nymphenburg: +79 % von 2012 bis 2018, nochmals +25 % bis 2020. Aktuell liegen die Grundstückspreise zwischen 2.351 €/m<sup>2</sup> und 3.527 €/m<sup>2</sup>, mit Spitzenwerten von 9.500 €/m<sup>2</sup> in Bogenhausen-Bestlagen. (vgl. Gutachterausschuss München 2021)

Auch die Mietentwicklung folgt dieser Logik: Der Mietspiegel 2023 weist 14,58 €/m<sup>2</sup> Nettokaltmiete aus – ein Anstieg von 24,7 % gegenüber 2019 (11,69 €/m<sup>2</sup>). Bei Wiedervermietung lagen die Preise 2024 durchschnittlich bei 21,22 €/m<sup>2</sup>, in Altstadt-Lehel bis zu 25,19 €/m<sup>2</sup>. (vgl. Landeshauptstadt München/Referat für Stadtplanung und Bauordnung 2025/2026)

## **Qualifikation: tatsächliches Upgrading, kein klassisches Polarisierungsmuster**

Das Qualifikations-Upgrading ist empirisch deutlich: Mehr als 43 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in München besitzen inzwischen einen akademischen Abschluss; München weist damit unter den deutschen Großstädten einen besonders hohen Anteil Hochqualifizierter auf. Zugleich bleibt die Arbeitslosigkeit im Großstadtvergleich relativ niedrig. Diese Stärke der Wissens- und Beschäftigungsstruktur widerlegt jedoch nicht die Befunde zu hoher Wohnkostenbelastung und innerstädtischer Ungleichheit. (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2025; Held/Becker 2022: S. 12–13, 41–49, 71–72; Landeshauptstadt München/RAW 2025; Landeshauptstadt München/Referat für Stadtplanung und Bauordnung 2025/2026)

Ein klassisches Polarisierungsmuster (Sassen: gleichzeitiges Wachstum beider Extremgruppen bei schrumpfender Mitte) lässt sich für München nicht belegen. (vgl. Sassen 1991; Held/Becker 2022: S. 12–13, 41–49, 71–72)

## **Was sich stattdessen empirisch zeigt: Binnenungleichheit und räumliche Segregation**

Dennoch ist die Ungleichheitsdimension real, nur anders gelagert:

Erstens ist München binnenungleicher als Deutschland insgesamt: Der Gini-Koeffizient des Nettoäquivalenzeinkommens lag 2018 in München bei 0,334 – gegenüber 0,289 in Bayern und 0,290 in Deutschland insgesamt. Nach Kaufkraftbereinigung steigt der Münchner Wert auf 0,347, weil die hohen Wohnkosten die unteren Einkommensgruppen überproportional belasten, bei denen die Wohnkosten einen größeren Anteil am Gesamteinkommen ausmachen. Auch das Bayerische Landesamt für Statistik bestätigt: Gini-Koeffizient und S80/S20-Verhältnis zeigen in München eine höhere Ungleichheit als in den umliegenden Landkreisen. (vgl. Held/Becker 2022: S. 12–13, 41–49, 71–72)

Zweitens bleibt Armut trotz des hohen Durchschnittswohlstands erheblich: Der Münchner Armutsbericht 2022 weist für 2021 eine Armutsgefährdungsquote von rund 17 % bzw. rund 265.600 Personen aus; die verwendete Armutsgefährdungsschwelle lag für einen Einpersonenhaushalt bei 1.540 € netto monatlich. Besonders betroffen sind unter anderem Alleinerziehende, Menschen mit Migrationshintergrund und ältere Menschen; bei älteren Münchner\*innen mit Migrationshintergrund lag die Armutsgefährdung bei 42 %. (vgl. Landeshauptstadt München 2022: S. 18–19, 37–45, 188–200)

Drittens zeigt sich eine deutliche räumliche Konzentration sozialer Problemlagen: Der Armutsbericht weist besonders hohe Anteile von Leistungsbeziehenden in Ramersdorf-Perlach, Berg am Laim und Milbertshofen-Am Hart aus. Das ist ein belastbarer Segregationsbefund. Eine unmittelbare Kausalität allein über die Bodenrente lässt sich daraus jedoch nicht ableiten; hierfür müssten Wohnungsbestand, Miethöhen, Sozialwohnungsanteile, Haushaltsstruktur und Wanderungen multivariat untersucht werden. (vgl. Landeshauptstadt München 2022: S. 18–19, 37–45, 188–200)

Viertens ist deshalb begrifflich zwischen Suburbanisierung und Verdrängung zu unterscheiden. Für die Stadt-Umland-Wanderung sind Familiengründung, Wohnflächenbedarf und Wohnumfeld empirisch gut belegt. Eine einkommensselektive Abwanderung armer Haushalte kann mit den vorhandenen Daten nicht direkt nachgewiesen werden. Für die vorliegende Analyse ist daher die Kombination aus Mittelstands- bzw. Familiensuburbanisierung und innerstädtischer Segregation die empirisch solidere Beschreibung. (vgl. Statistisches Amt München 2017: S. 19–23; Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2021; Held/Becker 2022: S. 12–13, 41–49, 71–72)

## **Gramscianische Lesart: funktionierender Block mit wachsendem Widerspruch**

Das Narrativ „lebenswerteste/wettbewerbsfähigste Stadt“ hält die Koalition aus CSU und SPD im mittleren Bereich stabil, während die Grünen stetig von 9,6 % (1996) auf 16,6 % (2014) wachsen – ein linearer Trend, der bereits die neue soziale Trägergruppe ankündigt: die urbane, ökologisch sensibilisierte Mittelschicht, oft selbst Teil der Wissensökonomie. (vgl. Statistisches Amt München 2026a)

Der interne Widerspruch des Blocks besteht darin: Die Wissensökonomie ist die Basis des hegemonialen Erfolgsnarrativs – aber genau sie produziert über den Bodenrentenmechanismus einen wachsenden Verdrängungsdruck, der die Erzählung „München ist für alle gut“ zunehmend unplausibel macht. Solange die Bodenrente als separates, von der Wissensökonomie unabhängiges Problem behandelt werden kann, überlebt der Block. Sobald die Verbindung politisch artikuliert wird, gerät er in die Krise. (vgl. Gramsci 1991–2002, H. 1, §44; H. 13, §17; Marx 1964: S. 627–822; Gutachterausschuss München 2021)

---

## **Kommunale Handlungsfähigkeit im Standort-Block**

Der Wissens- und Standort-Block war nicht lediglich das Ergebnis privater Investitionsentscheidungen. Seine Stabilität hing auch von kommunaler Handlungsfähigkeit ab: Infrastruktur, öffentlicher Nahverkehr, Schulen, Kultur, Wohnungsbau und eine leistungsfähige Verwaltung bildeten Voraussetzungen dafür, dass die wissensintensive Ökonomie räumlich konzentriert funktionieren konnte. Damit entsteht ein für München charakteristischer Widerspruch. Der Standortwettbewerb verlangt hohe öffentliche Vorleistungen, während die dadurch mit erzeugte Attraktivität Boden- und Immobilienpreise weiter erhöhen kann. Ein Teil des gesellschaftlich geschaffenen Standortwerts schlägt sich somit in privaten Bodenwerten nieder, während die öffentliche Hand gleichzeitig die Folgekosten des Wachstums finanzieren muss. Genau hier berühren sich die marxistisch-ricardianische Bodenrententheorie und die gramscianische Hegemonieanalyse: Materielle Verteilungswirkungen werden politisch stabilisiert, solange das Wachstumsmodell hinreichend breite Vorteile verspricht. (vgl. Marx 1964: S. 627–822; Ricardo 1821/2004: Kap. 2; Landeshauptstadt München/RAW 2024; Gutachterausschuss München 2021)

Für die kommunalpolitische Hegemonie war deshalb die Wahrnehmung zentral, dass wirtschaftlicher Erfolg zusätzliche Ressourcen für öffentliche Leistungen eröffnet. Hohe Beschäftigung, Steuerkraft und Investitionen konnten die Konflikte um Boden und Wohnen lange überlagern. Zugleich waren die Verteilungswirkungen asymmetrisch: Eigentümer profitierten unmittelbar von steigenden Boden- und Immobilienwerten, während Mieterinnen und Mieter je nach Vertragsdauer sehr unterschiedlich betroffen waren. Neu zuziehende Haushalte, junge Familien und Beschäftigte ohne Eigentumsvermögen waren dem Marktpreis stärker ausgesetzt als langjährige Bestandsmieter. Diese zeitlich und sozial ungleiche Belastung erschwerte die Bildung einer einheitlichen Gegenkoalition. Der Standort-Block konnte deshalb stabil bleiben, obwohl sein innerer Widerspruch – die steigende Attraktivität erhöht gerade jene Wohnkosten, die den Zugang zum Standort erschweren – zunehmend sichtbar wurde.

Aus dieser Perspektive ist auch die Personalisierung der Ude-Ära analytisch relevant. Persönliche Popularität ersetzte nicht die materielle Grundlage des Blocks, konnte aber unterschiedliche Interessen politisch integrieren und Konflikte moderieren. Die lange Amtszeit des Oberbürgermeisters verlieh dem Standortnarrativ institutionelle Kontinuität, obwohl die SPD als Partei bereits an Bindekraft verlor. Personalisierte Führung fungierte damit als politische Brücke zwischen einer erodierenden klassischen sozialdemokratischen Milieubasis und einer neuen, stärker akademisch und dienstleistungsorientierten Stadtgesellschaft. Die Stabilisierung war real, aber sie verschob das Problem: Je weniger die Partei selbst gesellschaftliche Verankerung garantierte, desto stärker hing die Kohärenz des Blocks an erfolgreicher Verwaltung, ökonomischem Wachstum und der Glaubwürdigkeit des Münchner Erfolgsmodells.

## **VI. Phase 5: Die große Koalition im Rathaus – Übergangsblock oder Blockkonservierung? (2014–2020)**

Diese Phase verdient eine eigenständige Behandlung, weil sie parteipolitisch eine scharfe Zäsur markiert: der SPD-Nachfolger Udes Dieter Reiter geht eine Koalition mit der CSU ein.

### **Parteilpolitik: die paradoxe schwarz-rote Koalition (vgl. Statistisches Amt München 2026a)**

| Jahr | CSU    | SPD    | Grüne  | AfD    |
|------|--------|--------|--------|--------|
| 2014 | 32,5 % | 30,8 % | 16,6 % | 2,49 % |

Nach den gescheiterten Dreier-Bündnis-Verhandlungen schlug Dieter Reiter eine Zusammenarbeit mit der CSU vor und beendete damit die bisherige Kooperation von SPD, Grünen und Rosa Liste. SPD und CSU verfügten anschließend über eine sichere Stadtratsmehrheit. (vgl. Landeshauptstadt München 2014)

Die Entscheidung für eine Zusammenarbeit von SPD und CSU statt einer Fortsetzung des bisherigen Bündnisses mit Grünen und Rosa Liste markiert einen Einschnitt. Aus gramscianischer Perspektive kann sie als institutionelle Stabilisierung des bestehenden Wachstums- und Standortmodells interpretiert werden. Ein bewusstes Motiv, die Grünen als aufsteigende Kraft „abzuwehren“, lässt sich aus der Kooperationsvereinbarung selbst jedoch nicht belegen. (vgl. Landeshauptstadt München 2014)

### **Gramscianische Deutung: Blockkonservierung unter veränderten Vorzeichen**

Diese Phase bildet keinen klar abgegrenzten neuen historischen Block. Plausibler ist, sie als institutionelle Verlängerung des Standortmodells unter veränderten parteipolitischen Bedingungen zu lesen: Wissensökonomie, Wachstumsorientierung und administrative Kontinuität bleiben tragend, während die traditionellen Parteien an Bindekraft verlieren. (vgl. Gramsci 1991–2002, H. 1, §44; H. 13, §17; Landeshauptstadt München 2014)

Gramscianisch lässt sich die Große Koalition deshalb als defensive Stabilisierung interpretieren: Nicht weil ein entsprechendes strategisches Motiv der Akteure dokumentiert wäre, sondern weil zwei traditionelle Regierungsparteien gemeinsam eine institutionelle Mehrheit bildeten, während die Grünen weiter an Gewicht gewannen und die SPD strukturell verlor. Die Interpretation ist analytisch; der empirische Befund sind Koalitionsbildung, Stimmenentwicklung und Kontinuität zentraler Politikfelder. (vgl. Gramsci 1991–2002, H. 1, §44; H. 13, §17; Statistisches Amt München 2026a; Landeshauptstadt München 2014)

Die Reiter-Ära 2014–2020 stand in wichtigen Politikfeldern für Kontinuität des Wachstums- und Standortmodells, zugleich aber auch für eine stärkere politische Thematisierung von Wohnen, Infrastruktur und kommunalen Investitionen. Die Kurzformel eines bloßen „Weiter so“ wäre deshalb zu undifferenziert; analytisch treffender ist eine Phase administrativer Stabilisierung unter wachsendem Problemdruck. (vgl. Landeshauptstadt München 2014)

### **Wohnungspolitik unter steigendem Problemdruck**

Die schwarz-rote Koalition 2014–2020 fällt in eine Phase stark steigender Boden- und Immobilienpreise. Daraus folgt jedoch nicht ohne Weiteres eine eindeutige klassen- oder eigentumsbezogene Zuordnung der

Parteiwählerschaften. Belastbar ist vielmehr: Beide Koalitionspartner hielten grundsätzlich am Wachstums- und Standortmodell fest und reagierten auf die Wohnungsfrage überwiegend mit kommunalen Wohnungsbau-, Förder- und Planungsinstrumenten, ohne den Bodenrentenmechanismus grundsätzlich aufzulösen. (vgl. Gutachterausschuss München 2021; Landeshauptstadt München/Referat für Stadtplanung und Bauordnung 2025/2026; Landeshauptstadt München 2014)

### **Periodisierungsurteil: Übergangsblock im defensiven Erhaltungsmodus**

Die Phase lässt sich damit am ehesten als defensiver Übergangsmodus des bestehenden Standort-Blocks charakterisieren: kein eigenständiger neuer Block mit neuer ökonomischer Basis und neuem Narrativ, aber auch kein unveränderter Fortbestand. Die strukturellen Spannungen zwischen Wachstum, Flächenknappheit, Wohnkosten und sozialer Inklusion verschärften sich bis 2020. (vgl. Gramsci 1991–2002, H. 1, §44; H. 13, §17; Gutachterausschuss München 2021; Landeshauptstadt München/Referat für Stadtplanung und Bauordnung 2025/2026; Landeshauptstadt München 2014)

## **VII. Phase 6: Grün-rote Koalition und Neuformierungsversuch (2020–2026)**

**Parteilpolitik: Fragmentierung und Neuordnung 2020–2026 (vgl. Statistisches Amt München 2020; 2026a: Teil B, S. 5)**

| Jahr | CSU    | SPD    | Grüne  | AfD   | Weitere                              |
|------|--------|--------|--------|-------|--------------------------------------|
|      |        |        |        |       | Linke 3,3 %;<br>Volt 1,8 %;          |
| 2020 | 24,7 % | 22,0 % | 29,1 % | 3,9 % | FDP 3,5 %;<br>FW 2,5 %;<br>ÖDP 4,0 % |
|      |        |        |        |       | Linke 6,6 %;<br>Volt 4,7 %;          |
| 2026 | 24,9 % | 19,2 % | 26,5 % | 5,9 % | FDP 3,4 %;<br>FW 2,5 %;<br>ÖDP 2,7 % |

Bei der Stadtratswahl 2020 lagen CSU und SPD zusammen erstmals unter 50 %. Die Grünen wurden mit 29,1 % stärkste Einzelkraft; die SPD erreichte 22,0 %, die CSU 24,7 %. Damit war das frühere Zwei-Parteien-Zentrum des Münchner Parteiensystems deutlich geschwächt, ohne dass bereits eine neue hegemoniale Formation entstanden wäre. Dieter Reiter (SPD) blieb Oberbürgermeister und regierte anschließend mit Grünen/Rosa Liste in einer grün-roten Koalition. (vgl. Statistisches Amt München 2020)

Die Stadtratswahl 2026 bestätigte die Fragmentierung, verschob aber die Kräfteverhältnisse erneut: Die Grünen blieben mit 26,5 % stärkste Kraft, vor der CSU mit 24,9 % und der SPD mit 19,2 %. Die AfD kam auf 5,9 %, Die Linke auf 6,6 % und Volt auf 4,7 %. Gegenüber 2020 verloren Grüne und SPD, während vor allem Die Linke und Volt zulegt; die CSU blieb nahezu stabil. Das Ergebnis spricht daher weniger für eine lineare grüne Dominanz als für ein pluralisiertes Parteiensystem mit wechselnden Bündnisoptionen. (vgl. Statistisches Amt München 2026a: Teil B, S. 5)

### **OB-Wahl 2026: der personelle und symbolische Bruch**

Dominik Krause (Grüne) gewann am 22. März 2026 die Stichwahl mit 56,3 % gegen Dieter Reiter (SPD, 43,7 %) und trat das Amt am 1. Mai 2026 an. Damit wurde erstmals ein grüner Politiker Oberbürgermeister Münchens; zugleich endete eine seit 1984 ununterbrochene Reihe sozialdemokratischer Oberbürgermeister. (vgl. Statistisches Amt München 2026b: S. 50–56)

Die amtliche Wählerwanderungsanalyse zeigt eine ungewöhnliche Konstellation: Nach einer Wahlempfehlung der CSU für Dieter Reiter wechselten rund 100.300 frühere Baumgärtner-Wähler\*innen zu Reiter; das entsprach 82,5 % der CSU-Wählerschaft des ersten Wahlgangs. Gleichzeitig wechselten rund 79.600 frühere Reiter-Wähler\*innen zu Krause. Die Stichwahl lässt sich daher nicht schlicht als geschlossenes „altes Lager“ gegen ein „neues Lager“ interpretieren, sondern als komplexe Neuordnung von Wählerbindungen. (vgl. Statistisches Amt München 2026b: S. 50–56)

Krause hatte seinen Wahlkampf explizit auf Wohnungsnot und Mietenkrise ausgerichtet – die materielle Bruchlinie des Standort-Blocks wird zum zentralen politischen Artikulationspunkt. (vgl. Statistisches Amt München 2026b: S. 50–56)

Nach der Wahl bildeten Oberbürgermeister Dominik Krause, Grüne/Rosa Liste, SPD sowie FDP und Freie Wähler eine gemeinsame Rathauskoalition. Die breite Verbindung von grün-roten und liberal-bürgerlichen Kräften

unterstreicht den Übergangscharakter der neuen Formation: Sie schafft eine institutionelle Mehrheit, ohne bereits eine homogene soziale Trägerkoalition im gramscianischen Sinn zu belegen. (vgl. Grüne München 2026; SPD München 2026)

### **Wissensökonomie: aktueller Höhepunkt, ohne Milderung der Bodenrentenproblematik**

Im Jahr 2025 verzeichnete das Europäische Patentamt über 200.000 Anmeldungen insgesamt; Bayern führt mit 6.628 Patentanmeldungen (27,1 % des deutschen Gesamtvolumens) europaweit auf Rang zwei hinter Île-de-France. München ist dabei die einzige Stadt in Europa, aus der mehr Patentanmeldungen kommen als aus dem Rest ihres Bundeslandes zusammen. Im Global Tech Ecosystem Index 2025 von Dealroom.co belegt München Platz 17 weltweit – als einzige deutsche Stadt unter den globalen Top 20 – und Platz 5 in der Kategorie „Density“ (Innovationen im Verhältnis zur Stadtgröße), vor Seattle und Peking. (vgl. Europäisches Patentamt 2026; Dealroom.co 2025)

Über 1.700 aktive Startups sind in München ansässig (mit rund 2.500 im weiteren Münchner Raum), das Finanzierungsvolumen lag 2025 bei rund 2,7 Mrd. Euro und die Investitionsdichte bei 1.143 Euro pro Kopf – Spitzenwert in Deutschland. Die TUM ist mit sieben bewilligten Exzellenzclustern in der aktuellen Förderperiode die exzellenzstärkste Technische Universität Deutschlands; LMU ebenfalls mit sieben. (vgl. DFG/Wissenschaftsrat 2025: insb. S. 25–30; Dealroom.co 2025; Munich Startup/Landeshauptstadt München 2025)

Die Rekordwerte der Wissensökonomie fallen zeitlich mit sehr hohen Wohn- und Bodenpreisen zusammen. Das stützt die These eines strukturellen Zusammenhangs, beweist aber keine Monokausalität. Für 2025 weist das Wohnungsmarktbarometer erneut steigende Angebotsmieten aus; die Entwicklung ist zusätzlich von Wohnungsangebot, Finanzierungskosten, Regulierung und allgemeiner Nachfrage abhängig. (vgl. Landeshauptstadt München 2026; Europäisches Patentamt 2026)

### **Qualifikation und Sozialstruktur: Upgrading real, Segregation ebenfalls**

Das Upgrading der Qualifikationsstruktur setzt sich fort und verschärft sich: 42 Prozent der Beschäftigten in Münchner Startups und Scaleups sind internationale Fachkräfte (Stand 2025), 43 % der Studierenden absolvieren MINT-Fächer – mehr als der Bundesdurchschnitt. München zieht weiterhin junge, gut ausgebildete Zuwanderer in großem Umfang an. (vgl. Dealroom.co 2025; Munich Startup/Landeshauptstadt München 2025)

Der empirisch dominante Stadt-Umland-Prozess ist die Familienabwanderung: Personen im Familiengründungsalter und Familien mit kleinen Kindern ziehen überproportional ins Umland. Die Statistik dokumentiert Lebensphase, Haushaltsvergrößerung und Wohnraumsuche als zentrale Faktoren, nicht aber das Einkommen der Wegziehenden. Deshalb ist die Bezeichnung „freiwillig“ nur eingeschränkt angemessen: Es handelt sich um Standortentscheidungen unter erheblichem Wohnungsmarktdruck. (vgl. Statistisches Amt München 2017: S. 19–23; Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2021)

Gleichzeitig konzentrieren sich soziale Problemlagen innerhalb der Stadt räumlich unterschiedlich. Für einkommensschwache Haushalte können hohe Umzugskosten, knappe günstige Wohnungen und begrenzte Wahlmöglichkeiten zu Immobilität führen. Die vorhandenen Daten belegen Segregation, nicht jedoch für jede Gruppe den individuellen Mechanismus der Immobilität; dieser bleibt als plausible, weiter zu prüfende Interpretation zu kennzeichnen. (vgl. Landeshauptstadt München 2022: S. 18–19, 37–45, 188–200; Held/Becker 2022: S. 12–13, 41–49, 71–72)

Zusammenfassend sprechen die Befunde für eine Kombination aus Suburbanisierung von Familien und räumlicher Segregation sozial benachteiligter Haushalte. Die niedrige gesamtstädtische Armutsquote und hohe Durchschnittsqualifikation dürfen deshalb nicht als Beleg für geringe Verteilungsprobleme missverstanden werden; zugleich wäre es empirisch unzulässig, diese Kennzahlen pauschal als bloßen Selektionseffekt zu deuten. (vgl. Landeshauptstadt München 2022: S. 18–19, 37–45, 188–200; Statistisches Amt München 2017: S. 19–23; Held/Becker 2022: S. 12–13, 41–49, 71–72)

### **Gramscianische Deutung: mögliche organische Krise, noch kein neuer stabiler Block**

Die Konstellation 2020/2026 lässt sich als politischer Bruch und Neuformierungsversuch deuten. Der grüne Oberbürgermeister, das fragmentierte Stadtratswahlergebnis und die neue Mehrparteienkoalition sind starke institutionelle Signale; sie ersetzen jedoch nicht den Nachweis einer dauerhaft neuen sozialen Trägerkoalition. Im gramscianischen Sinn bleibt daher offen, ob sich bereits ein neuer historischer Block herausbildet. (vgl. Gramsci 1991–2002, H. 1, §44; H. 13, §17; Statistisches Amt München 2026a: Teil B, S. 5; Statistisches Amt München 2026b: S. 50–56)

Entscheidend ist, ob die neue Stadtführung wirtschaftliche Dynamik, Wohnungsversorgung, ökologische Transformation und soziale Inklusion in einem breit akzeptierten politischen Projekt verbinden kann. Da kommunale Politik Bodenpreise, Kapitalströme und zentrale rechtliche Rahmenbedingungen nur begrenzt steuert, hängt die Stabilität einer solchen Formation zugleich von Landes-, Bundes- und Marktbedingungen ab. (vgl. Gramsci 1991–2002, H. 1, §44; H. 13, §17; Marx 1964: S. 627–822; Landeshauptstadt München/Referat für Stadtplanung und Bauordnung 2025/2026)

## Politische Artikulation des Wohnungswiderspruchs

Für die Neuformierung ist nicht nur die Verschiebung von Stimmenanteilen relevant, sondern auch die Veränderung dessen, was als zentrales Stadtproblem politisch artikuliert wird. Wohnkosten, Flächenknappheit, Verkehr und ökologische Belastungen werden zunehmend als miteinander verbundene Folgen des Wachstumsmodells verhandelt. In gramscianischer Terminologie entsteht Gegenhegemonie dann, wenn solche Einzelkonflikte zu einer umfassenderen Deutung verbunden werden, die unterschiedliche Gruppen erreicht. In München ist dies besonders bedeutsam, weil hohe Wohnkosten inzwischen auch Fachkräfte, Familien und Teile der akademischen Mittelschicht belasten – also Gruppen, die selbst Träger der Wissensökonomie sind. (vgl. Landeshauptstadt München 2022; Held/Becker 2022; Landeshauptstadt München/Referat für Stadtplanung und Bauordnung 2025/2026)

Die politische Bewährungsprobe liegt damit in der Verbindung von Wohnungsversorgung, Infrastruktur, Klimapolitik und wirtschaftlicher Innovationsfähigkeit. Gelingt diese Verbindung, könnte sich die Legitimität des bisherigen Standortmodells in Richtung eines sozial und ökologisch regulierten Wachstums verschieben; gelingt sie nicht, bleibt die Konstellation eine pluralisierte Übergangsphase ohne neue hegemoniale Stabilität.

## VIII. Synthetische Zusammenfassung

| Phase | Zeitraum      | Basis                                                    | Politischer Ausdruck                                                             | Hegemoniales Narrativ                                   | Bodenrente     | Wissensökon.          | Ungleichheitsform                                                      |
|-------|---------------|----------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------|----------------|-----------------------|------------------------------------------------------------------------|
| 1     | 1945–ca. 1960 | Wiederaufbau                                             | instabile Nachkriegsformation                                                    | „Wiederaufbau für alle“                                 | gering         | institutioneller Keim | Wohnungsnot, Rekonstruktion                                            |
| 2     | 1960–1972     | Fordismus / Industrie                                    | SPD-Dominanz                                                                     | „Weltstadt mit Herz“                                    | moderat        | Aufbau                | fordistischer Kompromiss                                               |
| 3     | 1978–1989     | Erosion des Fordismus / Tertiarisierung                  | CSU-Episode, Grüne, neue Protestkräfte                                           | kein stabiles Leitnarrativ                              | ansetzend      | Expansion             | Fragmentierung der alten Milieus                                       |
| 4     | 1990–2014     | Finanz- und Wissenskapital                               | rot-grüne Langzeitkooperation, Ude                                               | erfolgreiche, weltoffene Wissens- und Standortmetropole | stark steigend | Schlüsselrolle        | Upgrading, Binnenungleichheit, Segregation                             |
| 5     | 2014–2020     | Fortsetzung des Standortmodells unter Wachstumsdruck     | SPD/CSU-Koalition                                                                | administrative Stabilisierung                           | sehr hoch      | weiter verdichtet     | Wohnungs- und Verteilungsdruck                                         |
| 6     | 2020–2026     | Wissens-/ Innovationsökonomie unter Transformationsdruck | 2020 grün-rot; 2026 fragmentierter Stadtrat, grüner OB und Mehrparteienkoalition | soziale und ökologische Regulierung des Wachstums?      | sehr hoch      | globale Spitze        | Familienurbanisierung, innerstädtische Segregation, Wohnkostenkonflikt |

## IX. Konzeptionelle Bilanz

Vier Einsichten trägt diese Analyse als Ertrag fest:

Erstens sind Durchschnittswohlstand und Verteilungsgerechtigkeit analytisch zu trennen. München ist wirtschaftlich stark, hochqualifiziert und beschäftigungsintensiv; zugleich liegt die Einkommensungleichheit über dem bayerischen und bundesdeutschen Vergleichswert, und hohe Wohnkosten belasten untere und mittlere Einkommensgruppen ungleich. Räumliche Segregation bleibt deshalb ein eigenständiger Befund des Münchner Erfolgsmodells. (vgl. Landeshauptstadt München 2022: S. 18–19, 37–45, 188–200; Held/Becker 2022: S. 12–13, 41–49, 71–72)

Zweitens besteht zwischen Wissensökonomie und Bodenrente ein theoretisch plausibler und empirisch sichtbarer Zusammenhang, der jedoch nicht als monokausaler Beweis formuliert werden sollte. Exzellenzuniversitäten, Patente und wissensintensive Beschäftigung erhöhen die Attraktivität und Zahlungsfähigkeit des Standorts; wie stark daraus Bodenrente entsteht, hängt zugleich von Flächenangebot, Planungsrecht, Wohnungsproduktion, Zinsen, Kapitalmarkt und Demografie ab. (vgl. Marx 1964: S. 627–822; Ricardo 1821/2004: Kap. 2;

DFG/Wissenschaftsrat 2025: insb. S. 25–30; Europäisches Patentamt 2021; 2026; Gutachterausschuss München 2021; Landeshauptstadt München/Referat für Stadtplanung und Bauordnung 2025/2026)

Drittens verlangt die Analyse eine klare Trennung verschiedener Prozesse: Familien- und Mittelstandssuburbanisierung einerseits, innerstädtische Segregation und begrenzte Wohnmobilität einkommensschwacher Haushalte andererseits. Die vorhandenen Daten stützen diese differenzierte Beschreibung besser als die pauschale Annahme einer massenhaften Abwanderung armer Haushalte. (vgl. Landeshauptstadt München 2022: S. 18–19, 37–45, 188–200; Statistisches Amt München 2017: S. 19–23; Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2021; Held/Becker 2022: S. 12–13, 41–49, 71–72)

Viertens lässt sich die lange Stabilität des Standortmodells gerade daraus erklären, dass sein Erfolgsnarrativ auf realen Leistungen beruht: hoher Beschäftigung, starken Wissensinstitutionen, Innovationskraft und hoher Kaufkraft. Eine gramscianische Krisendiagnose wird dort plausibel, wo die materiellen Kosten dieses Erfolgs – insbesondere Boden- und Wohnkosten – zunehmend auch mittlere und hochqualifizierte Gruppen erreichen. Die Wahl- und Koalitionsverschiebungen 2026 sind dafür ein Indikator, aber noch kein Beweis einer abgeschlossenen organischen Krise. (vgl. Gramsci 1991–2002, H. 1, §44; H. 13, §17; Held/Becker 2022: S. 12–13, 41–49, 71–72; Statistisches Amt München 2026a: Teil B, S. 5)

---

## Fazit

Die Münchner Nachkriegsgeschichte lässt sich mit Gramscis Begriff des historischen Blocks als Abfolge unterschiedlich stabiler Verbindungen von Wirtschaftsstruktur, sozialer Trägerbasis, politischer Repräsentation und städtischen Leitbildern interpretieren. Besonders deutlich tritt der fordistische SPD-Block der 1960er und frühen 1970er Jahre hervor. Die späteren Phasen sind stärker fragmentiert: Der Wandel zur wissens- und dienstleistungsorientierten Metropole stabilisierte München wirtschaftlich, löste aber die frühere soziale und parteipolitische Geschlossenheit auf.

Der zentrale gegenwärtige Widerspruch liegt zwischen dem Erfolg der Wissensökonomie und den Verteilungsfolgen knappen urbanen Bodens. Hohe Beschäftigung, Qualifikation, Forschungsstärke und Innovationskraft sind reale Standortvorteile; ebenso real sind steigende Boden- und Wohnkosten sowie räumlich ungleiche soziale Belastungen. Die empirischen Daten sprechen dabei nicht für eine einfache Polarisierungs- oder Verdrängungserzählung, sondern für eine komplexe Verbindung von Qualifikations-Upgrading, Familien-Suburbanisierung, innerstädtischer Segregation und eingeschränkten Wohnoptionen einkommensschwächerer Haushalte.

Ob sich aus den politischen Verschiebungen seit 2020 und insbesondere aus dem Einschnitt von 2026 ein neuer stabiler historischer Block entwickelt, bleibt offen. Eine gramscianische Analyse kann diesen Übergang als mögliche organische Krise des bisherigen Standortmodells beschreiben, sollte aber den Ausgang nicht vorwegnehmen. Entscheidend wird sein, ob eine neue politische Führung wirtschaftliche Innovationsfähigkeit, ökologische Transformation, Wohnungsversorgung und soziale Teilhabe so miteinander verbinden kann, dass daraus nicht nur eine neue Mehrheit, sondern eine dauerhaft tragfähige hegemoniale Ordnung entsteht.

## Literatur- und Quellenverzeichnis

Bayerisches Landesamt für Statistik (versch. Jg.): Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen in Bayern. Fürth. [Online](#)

Bundesagentur für Arbeit (2025): Statistik – Arbeitsmarkt in München. Nürnberg/München. [Online](#)

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2021): Stadt-Umland-Wanderungen und Suburbanisierung in deutschen Großstadtreionen. Wiesbaden. [Online](#)

Dealroom.co (2025): Global Tech Ecosystem Index 2025. Amsterdam. [Online](#)

Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)/Wissenschaftsrat (2025): Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder.

Statistische Übersichten zu den Förderentscheidungen zu Exzellenzclustern vom Mai 2025. Bonn/Köln. [Online](#)

Europäisches Patentamt (2021): Patent Index 2020/2021 und regionale Patentstatistik. München. [Online](#)

Europäisches Patentamt (2026): EPO Technology Dashboard 2025 (vormals Patent Index). München. [Online](#)

Forgacs, David (Hg.) (2000): The Antonio Gramsci Reader. Selected Writings 1916–1935. New York: New York University Press. [Online](#)

Gramsci, Antonio (1991–2002): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, hg. von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug. Hamburg: Argument. [Online](#)

Grüne München (2026): Koalitionsvereinbarung 2026–2032 – Annahme durch die Stadtversammlung, 8.5.2026. [Online](#)

Gutachterausschuss für Grundstückswerte im Bereich der Landeshauptstadt München (2021): Immobilienmarktbericht München 2020/2021. München. [Online](#)

Held, Benjamin/Becker, Irene (2022): Reichtum und Verteilung in München. Expertise für den Münchner Armutsbericht 2022. Heidelberg/München. [Online](#)

Herbert, Ulrich (2001): Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. München: C.H. Beck. [Online](#)

Jaschke, Hans-Gerd (1994): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder. Opladen: Westdeutscher Verlag. [Online](#)

Landeshauptstadt München (2014): Kooperationsvereinbarung von SPD und CSU für die Wahlperiode 2014–2020 sowie amtliche Sitzverteilung. München. [Online](#)

Landeshauptstadt München (2022): Münchner Armutsbericht 2022. München: Sozialreferat. [Online](#)

Landeshauptstadt München (2026): Wohnungsmarktbarometer 2025. München: Referat für Stadtplanung und Bauordnung. [Online](#)

Landeshauptstadt München, Direktorium/Stadtarchiv (Hg.) (1985): München 1945. Dokumente und Bilder zur Stadtgeschichte. München. [Online](#)

Landeshauptstadt München, Referat für Arbeit und Wirtschaft (2024): Wirtschaftsstandort München – Branchen, Beschäftigung und Wertschöpfung. München. [Online](#)

Landeshauptstadt München, Referat für Arbeit und Wirtschaft (2025): Münchner Jahreswirtschaftsbericht 2025. München. [Online](#)

Landeshauptstadt München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung (2025/2026): Wohnungsmarktbeobachtung und Wohnungsmarktdaten München. München. [Online](#)

Marx, Karl (1964): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 3. Marx-Engels-Werke, Bd. 25. Berlin: Dietz, Abschnitt VI zur Grundrente, S. 627–822. [Online](#)

Munich Startup/Landeshauptstadt München (2025): Munich Startup Ecosystem Report 2025. München. [Online](#)

OECD (1996): The Knowledge-Based Economy. Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development. [Online](#)

Ricardo, David (1821/2004): On the Principles of Political Economy and Taxation. In: The Works and Correspondence of David Ricardo, Vol. 1, hg. von Piero Sraffa. Indianapolis: Liberty Fund. [Online](#)

Sassen, Saskia (1991): The Global City. New York, London, Tokyo. Princeton: Princeton University Press. [Online](#)

SPD München (2026): Stadtrat – Zusammensetzung und Koalition mit Grünen/Rosa Liste sowie FDP/Freie Wähler. [Online](#)

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2024): Zensus 2022 – Erwerbstätigkeit und Bildungsabschluss. Wiesbaden. [Online](#)

Statistisches Amt der Landeshauptstadt München (2017): Wanderungen zwischen München und dem Umland. Münchner Statistik, 1. Quartalsheft 2017, S. 17–23. München. [Online](#)

Statistisches Amt der Landeshauptstadt München (2020): Kommunalwahlen 2020 – amtliche Ergebnisse und Wahlanalysen. München. [Online](#)

Statistisches Amt der Landeshauptstadt München (2026a): Stadtratswahl 2026 – Wahlergebnisse und Wahlanalysen. Amtliche Endergebnisse; Gesamtstadt: Teil B, S. 5. München. [Online](#)

Statistisches Amt der Landeshauptstadt München (2026b): Oberbürgermeister-Stichwahl vom 22. März 2026 – amtliches Ergebnis und Wählerwanderungsanalyse. München, insb. S. 50–56. [Online](#)

Statistisches Amt der Landeshauptstadt München (versch. Jg.): Statistische Jahrbücher, historische Bevölkerungsreihen sowie Fremdenverkehrs- und Übernachtungstatistik. München. [Online](#)

Ude, Christian (2014): Meine verfrühte Autobiographie. München: Süddeutsche Zeitung Edition. [Online](#)

Vogel, Hans-Jochen (1972): Die Amtskette. Meine zwölf Münchner Jahre. München: Süddeutscher Verlag. [Online](#)